

# FreiBrief aus Berlin

## 5/2016



### Sehr geehrte Damen und Herren,

der Besuch des amerikanischen Präsidenten Obama hat deutlich gezeigt, dass Europa und die USA bestrebt sind, möglichst bald das Freihandelsabkommen TTIP umsetzen. Ich bin überzeugt: Durch das Abkommen werden wir die Wirtschaftsnation Deutschland weiter stärken und den Wohlstand von Morgen sichern. Neben CETA, dem Abkommen mit Kanada, ist TTIP der zentrale Bestandteil einer strategischen, zukunftsorientierten transatlantischen Agenda. Auch im 21. Jahrhundert werden wir auf dieser Grundlage die Welthandelsordnung in unserem Sinne gestalten und haben damit die Möglichkeit, die vielfach kritisierten Ausuferungen der Globalisierung mit Regeln zu versehen. Deshalb werde ich im Bundestag auch für das Abkommen stimmen, sofern es eine tragfähige Einigung gibt.

Die vergangenen Wochen im Wahlkreis waren unter anderem geprägt von verkehrspolitischen Gesprächen. Neben dem für unsere Region positiven Referentenentwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2030 habe ich mich mit einem Brief an Bundesverkehrsminister Dobrindt für den Ausbau der Gäubahn stark gemacht. Eine gut ausgebaute Mobilitätsinfrastruktur ist die Grundlage für eine hohe Lebensqualität im ländlichen Raum. Neben Straßenerhalt und -ausbau benötigen wir aber auch einen verbesserten Anschluss an den überregionalen Schienenverkehr.

Herzlichst

### INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	2
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	5
<i>Pressefreiheit sichert politische und gesellschaftliche Hygiene</i>	9
<i>Gruppe aus Donaueschingen in Berlin</i>	10
<i>Die Möglichkeit, die Bundeswehr im Innern einzusetzen, ist zeitgemäß und notwendig</i>	10

[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)



## Bericht aus Berlin

---

Auch wenn uns die migrationspolitischen Herausforderungen gerade im europäischen Maßstab noch auf Jahre binden werden, sind erfreulicherweise zumindest in den vergangenen Wochen und Monaten die unmittelbaren Zugangszahlen von Flüchtlingen in Deutschland deutlich zurückgegangen. Das verschafft uns Zeit, um die notwendigen Integrationsleitplanken zu setzen und um andere Herausforderungen für unsere Gesellschaft anzugehen. Eine der großen Fragen, die zurecht in den vergangenen Wochen aufgeworfen wurde: Wie soll unser Rentensystem in Zeiten des demografischen Wandels ausgestaltet werden, damit es auch künftig einen verlässlichen Teil für die Lebensplanung der Menschen in unserem Land beitragen kann? Mir ist dabei besonders wichtig, dass wir die Interessen der unterschiedlichen Altersgruppen in einen tragfähigen Ausgleich überführen und nicht gegeneinander ausspielen. Die Rente ist für das Gros der Menschen viel zu wichtig, als dass sie als Wahlkampfthema mißbraucht werden sollte. Es ist aber richtig, dass wir die notwendigen Justierungen möglichst früh angehen, auch wenn die volle Wirkung des demografischen Wandels erst in etwa 15 Jahren greifen wird.

### Rentenstabilität für morgen setzt heute Generationengerechtigkeit voraus



Als CDU setzen wir uns dafür ein, dass die Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben,

im Alter nicht in Armut leben müssen. Gleichzeitig orientieren wir uns aber auch an der Realität, die vor allem vom demografischen Wandel bestimmt wird. Klar ist, dass wir eine große Rentenreform brauchen, um das System für die Zukunft tragfähig zu machen. Unser Ziel ist es, dass unser bewährtes System auch in Zukunft Bestand hat, sich die Menschen auf die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung verlassen können und dass die Beiträge einigermaßen stabil bleiben.

### Kein Spielraum für steuerfinanzierte Rentenerhöhungen

Klar ist für mich aber auch, dass der demografische Wandel keinen seriösen Spielraum für eine Erhöhung des Rentenniveaus über den gesetzlich vereinbarten Entwicklungspfad hinaus zulässt und dass die gesetzliche Säule allein nicht mehr die Versorgung im Alter sicherstellen können. Schnellschüsse wie die Forderung nach einer Anhebung des Rentenniveaus auf über 50 Prozent erachte ich deshalb als ordnungspolitisch falsch. Nach der auf Wunsch der SPD eingeführten Rente mit 63, die uns allein bis 2018 über 13 Milliarden Euro kostet, wäre ein solches Vorhaben der nächste Sündenfall. Das bestehende System wird ohnehin schon pro Jahr mit mehr als 90 Mrd. EUR für Rentenkasse und Grundsicherung im Alter aus Steuerzahlermitteln gestützt wird. Der neuerliche Vorschlag würde das System auf Dauer destabilisieren – einzig und allein auf Kosten der künftigen Generationen.

### Immer weniger Beitragszahler, immer mehr Rentenbezieher

Es sei auch der Hinweis erlaubt, dass sich allein die Rentenbezugsdauer seit dem Ende des zweiten Weltkriegs nahezu verdoppelt hat. Darüber hinaus arbeiten immer mehr Menschen in Teilzeit und können deshalb weniger in die Rentenkasse einzahlen. In Summe gibt es immer weniger Beitragszahler und parallel dazu immer mehr Rentenbezieher. Während heute der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung bei etwa einem Drittel liegt, wird er in Zukunft

auf über zwei Drittel steigen. Deswegen braucht es aus meiner Sicht Reformen, die sich am demographischen Wandel und der neuen Lebenswirklichkeit orientieren. Ein Ansatzpunkt an dem wir nicht vorbeikommen ist für mich die Kopplung des Renteneintrittsalters an die immer weiter steigende Lebenserwartung. Dieses sollte nicht starr gewählt werden. Es gibt aber Berechnungen, die zeigen, dass von 2034 an selbst ein Renteneintrittsalter von 70 Jahren nicht ausreicht, um den Rentenversicherungsbeitrag konstant zu halten. Selbst wenn das Rentenniveau bis 2030 auf lediglich 43,5 Prozent sinken sollte, würde der Beitragssatz von 2040 an vermutlich auch bei einem Rentenalter von 70 Jahren über das heutige Niveau steigen.

### Längere, flexiblere Erwerbsbiografien sind unausweichlich



Ließe man das Renteneintrittsalter konstant, bliebe noch die zweite Stellschraube – der Beitrag. Um das Rentenniveau konstant zu halten, müsste dieser im Jahr 2030 auf 24 Prozent und im Jahr 2050 auf 29 Prozent steigen. Mit Blick auf die Abgabenlast heute, wäre so ein Anstieg, der ja auch in der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung zu erwarten wäre, unverantwortlich. Zielführender erscheinen mir in diesem Sinne die bereits gemachten Vorschläge, in Ergänzung zur gesetzlichen Rente die betriebliche und die private Vorsorge zu stärken. Ganz sicher auch verpflichtend. Und natürlich muss auch darüber nachgedacht

werden, die Einnahmenbasis auszuweiten. Es gibt gute Vorschläge und viel Beratungsbedarf. Entscheidungen auf die Schnelle zu treffen, erachte ich als unseriös. Das gilt erst recht für Vorschläge, die den Generationenvertrag, auf dem unser bewährtes System fußt, vernichten wollen.

### Ladeinfrastruktur fördern, statt unnötig Geld für den Autokauf verpulvern

Ein weiteres Thema, das für viel Diskussionsstoff gesorgt hat, war der Vorschlag der Bundesregierung, Anreize für den Kauf von Elektroautos mittels einer Prämie zu schaffen, so dass Deutschland das selbstgesteckte Ziele von 1 Million Elektroautos auf deutschen Straßen bis 2020 erreichen kann. Für mich steht außer Frage, dass es absolut richtig ist, dass Deutschland konsequent auf Elektromobilität setzt. Das sind wir unserer Umwelt schuldig und außerdem ist sie die Zukunft für unsere starke Automobilindustrie und viele Hunderttausende Arbeitsplätze. Allerdings erachte ich die vorgeschlagene Kaufprämie als ordnungspolitisch falsch. Der Staat sollte keine Einzelprodukte fördern, sondern für gute und faire Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Wettbewerb und Innovationen sorgen – zumal die Autobranche unverändert boomt und derlei Hilfe überhaupt nicht nötig hat. Der Bund sollte sich deshalb ausschließlich am Bau der zwingend erforderlichen und im Moment nur sporadisch vorhandenen Ladeinfrastruktur und an der Grundlagenforschung für die Akku-Forschung beteiligen. Erst wenn die Menschen ihr Auto immer und überall und vor allem schnell laden können und die Reichweite nicht nur um die 100 km beträgt, sondern an die Reichweite herkömmlicher Autos heranreicht, wird ein reges Interesse breiter Bevölkerungsschichten entstehen. Die vom Staat veranschlagten Mittel sollten daher ausschließlich und nicht nur etwa hälftig in diesen Bereich gesteckt werden. Mit dem jetzigen Plan aber, werden wir weiterhin nur wenige Zehntausend Elektroautos auf unseren Straßen haben und das Ziel von 1 Million E-Autos bleibt meilenweit entfernt. Die angedachte Kaufprämie wird das Problem in

keiner Weise lösen. Letztlich sind die Autos im Moment für die breite Masse der Bevölkerung noch viel zu teuer. Die 5.000 EUR würden vor allem wohlhabenden Bürgern zu Gute kommen, die sich ohnehin Fahrzeuge jenseits der 30.000-EUR-Marke leisten können und wollen. Eine spürbare Marktdurchdringung wird die Prämie aber nicht bringen, vermutlich nicht einmal ein Strohfeuer.

[Das Migrationsproblem ist zu groß, als dass es ohne Begrenzung zu lösen wäre](#)



In den vergangenen Wochen hatte ich in verschiedenen Debatten Gelegenheit, um für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion an das Rednerpult im Reichstag zu treten. Das galt für die Debatte über das Bundeswehrmandat für die Anti-Piraterie-Mission am Golf von Aden und über die Asylpolitik der Bundesregierung. Bei beiden Reden war mir ein und dieselbe Schlussfolgerung wichtig: Wir dürfen bei allem gegenwärtigen Migrationsdruck den Blick nicht nur auf den Nahen und Mittleren Osten und die dortigen Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete richten. Vielmehr müssen wir uns schon jetzt mit aller Kraft auf die unvorstellbar großen, wirtschaftlichen Probleme Afrikas einstellen. Drei einprägsame Zahlen kommen mir dazu immer wieder in den Sinn. Erstens: Eine afrikanische Frau bekommt im Durchschnitt sieben Kinder. Zweitens: Im Jahr 2035 werden in Afrika mehr junge Menschen in den Arbeitsmarkt drängen als in der gesamten restlichen Welt. Drittens: Bis zum Jahr 2050 wird sich die Bevölkerung in Afrika auf etwa 2,5 Milliarden Menschen mehr als verdoppelt haben. Daran erkennt man, dass Afrika für uns eine sehr viel größere Herausforderung sein

wird, als wir es heute wahrhaben wollen. Deshalb kommt es darauf an, dass die Europäer zusammen mit den afrikanischen Partnern eine konsistente Strategie entwickeln und in die Realität umsetzen, so dass die vielen Menschen in Afrika akzeptable Lebensbedingungen haben und nicht zur Flucht nach Europa gezwungen werden. Da aber heute nicht absehbar ist, in welchem Umfang wir dieser Verantwortung überhaupt gerecht werden können, müssen sich Deutschland und die anderen EU-Mitglieder schnell daran machen, um mit einem einheitlichen Asylsystem, gleichen Asylstandards und einem verlässlichen Außengrenzschutz für die Begrenzung und damit für die Verträglichkeit von Migration in unsere Gesellschaften und den Schutz unseres Wohlstands zu sorgen. Schließlich wird Europa mit seinen etwa 520 Millionen Einwohnern nicht die Probleme eines Kontinents lösen können, der 5-mal größer ist als Europa. Die vollständigen Videos meiner Reden können Sie unter [www.thorsten-frei.info/Reden.html](http://www.thorsten-frei.info/Reden.html) abrufen.

[Antrittsbesuch des neuen montenegrinischen Botschafters bei Thorsten Frei](#)



Ende April empfing ich in meinem Berliner Bundestagsbüro den neuen montenegrinischen Botschafter in Berlin, S.E. Dr. Ranko Vujačić. Schnell entstand bei unserem Kennenlernen ein angenehmes und vielseitiges Gespräch, was nicht zuletzt daran lag, dass Botschafter Vujačić aufgrund seines Studiums in Berlin und langjähriger Tätigkeiten bei den Vereinten Nationen in Wien eine enge Verbindung zum deutschsprachigen Raum pflegt und ein hervorragendes Deutsch spricht. Inhaltlich

tauschten wir uns über die unmittelbar bevorstehende NATO-Aufnahme des kleinen Adria-Anrainers, über die laufenden EU-Beitrittsverhandlungen und den großen Wunsch aller Montenegriner, in die EU aufgenommen zu werden, alte Wunden der Balkankriege, die noch immer im gesamten Westbalkan zu spüren sind, und die spannenden innenpolitischen Prozesse in der Hauptstadt Podgorica aus.

## 6. Bangladesch-Forum: Krisenprävention aus Sicht des Deutschen Bundestags



In meiner Funktion als Bangladesch-Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und in meiner Rolle als Obmann im Unterausschuss „Zivile Krisenprävention“ wurde ich zum 6. Internationalen Bangladesch-Forum als Diskussionsteilnehmer und Redner eingeladen. In meinem Eröffnungsstatement schilderte ich den anwesenden Gästen die Arbeit des Unterausschusses und dabei insbesondere, wie die Abgeordneten im Bundestag die Aktivitäten der Bundesregierung im Querschnittsbereich der Krisenprävention unterstützen. Dabei nahm ich am Beispiel Bangladeschs detailliert immer wieder darauf Bezug, wie sich die Bundesrepublik ganz konkret für stabile Verhältnisse im von politischen Krisen und von Umweltkatastrophen geschüttelten Land einsetzt. Daran anschließend stand ich, neben weiteren landeskundlichen Experten, dem Publikum ausführlich Rede und Antwort. Mir war es bei all meinen Ausführungen immer wieder wichtig, darauf zu verweisen, dass es für eine friedliche Entwicklung in Bangladesch, das eines der am schnellsten wachsenden Länder der Welt ist, vor allem darauf ankommt, dass alle Menschen an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben und echte Lebensperspektiven im

eigenen Land sehen. Dazu bedarf es vor allem genügend Wohnraum in den Städten, Wasser, Energie und Nahrung sowie ein stärkeres Augenmerk auf den Schutz der Umwelt. Letztlich ist Teilhabe der Menschen in sämtlichen Krisen und Konflikten der Schlüssel zu Frieden, Versöhnung und Stabilität.

## Praktikum von Oliver Schiller aus Villingen Schwenningen und Lukas Boschert aus Tuningen



Interessante Einblicke in den Parlamentsbetrieb, das Leben als Politiker sowie das vielfältige Aufgabenspektrum der Mitarbeiter im Hintergrund konnten in den vergangenen Wochen Oliver Schiller und Lukas Boschert sammeln. Während Oliver Schiller im Rahmen seines Studiums ein sechswöchiges Pflichtpraktikum absolvierte und aufgrund der längeren Zeitdauer selbst auch „politisch Hand für den Abgeordneten anlegen konnte“, begnügte sich Schüler Lukas Boschert bei seinem BOGY-Praktikum darauf, innerhalb kurzer Zeit möglichst viele nachhaltige Eindrücke zu sammeln.

## Aktuelles aus dem Wahlkreis

### Im Verkehrsinfrastruktur wird gestärkt – Nachbesserung bei der Gäubahn zentrales Anliegen

Mit der Einstufung des Lückenschlusses B523 bei Villingen-Schwenningen und der Ortsumfahrungen Randen und Zollhaus bei Blumberg in den vorrangigen Bedarf setzt der nunmehr vorliegende erste Entwurf des lang erwarteten, neuen Bundesverkehrswegeplans ganz wichtige Impulse für die Sicherung und Stärkung der Wirtschaftsregion Schwarzwald-Baar-Heuberg

als Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum. Äußerst kritisch betrachte ich aber die vertane Chance, mit dem dringend notwendigen zweispurigen Ausbau der Gäubahn zwischen Stuttgart und Zürich, das volle Potenzial dieser wichtigen Nord-Süd-Achse auszuschöpfen. Ich werde in den kommenden Wochen ausgiebig Gespräche in der Landesgruppe Baden-Württemberg wie auch den Gremien des Bundestages führen, um im Zuge des parlamentarischen Verfahrens den Spielraum für die Höherstufung dieses konkreten südbadischen Projekts mit großer überregionaler Bedeutung auszuloten. Mit Briefen an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und seinen baden-württembergischen Staatssekretär Norbert Barthle habe ich in einem ersten Schritt bereits für die Modernisierung der Gäubahn geworben. In einem zweiten Schritt möchte ich zusammen mit allen betroffenen Landtags- und Bundestagskollegen entlang der Gäubahn versuchen, Bundesverkehrsminister Dobrindt in einem persönlichen Gespräch von einer vorrangigen Priorisierung des Projekts zu überzeugen.

#### Preisverleihung im Öschberghof Donaueschingen - Cego-Schwarzwaldmeister kommt aus Hüfingen



Im Rahmen der feierlichen Übergabe des 1. Preises - 4 Tage Berlin für 2 Personen - gratulierte ich als Schirmherr der 15. Cego-Schwarzwaldmeisterschaft Heinz Klostermann aus Hüfingen im Donaueschinger Öschberghof zu seinem insgesamt vierten Titelgewinn der 11 Turniere umfassenden "Championsleague des Cego" im südbadischen Raum. Nicht umsonst genießt das sog. "Schach der Karten" einen sehr hohen Stellenwert in unserer Region und ist in der heutigen, schnelllebigen Zeit wie viele andere Traditionen

eminently wichtig für unsere lebendige Kulturlandschaft. Die insgesamt 363 Teilnehmer an den 11 Turnieren sprechen für sich selbst. Cego begeistert wieder mehr und mehr Anhänger, Freunde und aktive Spieler. Deshalb freue ich mich, auch im kommenden Jahr wieder Schirmherr der Schwarzwaldmeisterschaft sein zu dürfen.

#### Optimistischer Blick in die Zukunft bei der IG-Lückenschluss B523



Auf Einladung der Interessengemeinschaft machte ich bei einem erneuten Gedankenaustausch mit den Mitglieder deutlich, wie wichtig das vergleichsweise hohe Nutzen-Kosten-Verhältnis und der weit fortgeschrittene Planungsstand für die erfolgreiche Priorisierung des Projektes "Lückenschluss B523" im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 gewesen ist. Nach der hohen Priorisierung seitens der Landesregierung und des Regierungspräsidiums Freiburg im Vorfeld der Bundesentscheidung ist jetzt aber das Land am Zug, um die Planungen zügig zu einem guten Ende zu bringen. Der dringend notwendige zweite Bauabschnitt des Lückenschlusses mit seinem hohen Entlastungspotential für die Villingener Bevölkerung muss in absehbarer Zeit fertiggeplant und gebaut werden. Im nun anstehenden parlamentarischen Verfahren bis zur endgültigen Verabschiedung der Ausbaugesetze im Bundestag werde ich das Projekt weiter aktiv begleiten und unterstützen.

## Intensive themenoffene Diskussionen mit den Mitgliedern - Basiskonferenz der CDU Südbaden in Löffingen und Kreisparteitag der CDU Schwarzwald-Baar in St. Georgen

Ausführlich diskutierte ich auf der Basiskonferenz der CDU Südbaden in Löffingen und dem Kreisparteitag der CDU Schwarzwald-Baar in St. Georgen die Inhalte eines möglichen Koalitionsvertrages und stellte mich den Fragen der anwesenden Mitglieder. In den letzten Wochen haben wir in den Gremien der Partei das schwierige Ergebnis bei der Landtagswahl intensiv diskutiert und erörtert. Nun gilt es aber auch, wieder nach vorn zu schauen, um in einer Koalition mit den Grünen und mit einem Koalitionsvertrag, der unseren Stempel trägt, die Kernanliegen der Menschen in unserem Land aufzugreifen und die politische Grundüberzeugung der CDU Baden-Württemberg klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen.



Besondere erfreut bin ich, dass wir in der von mir für die CDU-Seite verantworteten Arbeitsgruppe 1 "Inneres und Justiz" zentrale Inhalte unseres Wahlprogramms im Bereich der inneren Sicherheit, der kommunalen Selbstverwaltung und der Bewältigung der Flüchtlingskrise mit deutlich erkennbarer CDU-Handschrift auch in unser Regierungsprogramm überführen konnten. Beispielsweise haben wir die von den Grünen vehement geforderte Kennzeichnungspflicht für Polizisten verhindert und werden in einer Einstellungsoffensive bei der Polizei bis 2021 die von uns vor der Wahl geforderten 1.500 neuen Stellen schaffen.

## Baden-Württemberg und China – Partnerschaft in Zeiten der vierten industriellen Revolution



Im Nachgang meiner China-Reise, die mich auch in die Boom-Region Guangdong geführt hat, sprach ich in Stuttgart anlässlich der deutsch-chinesischen Kooperationskonferenz "Intelligente Produktion Guangdong trifft Industrie 4.0" zu knapp 100 chinesischen und baden-württembergischen Unternehmensvertretern über den herausfordernden Wandel einer globalisierten Welt hin zur Wissensgesellschaft mit zunehmender Digitalisierung und Vernetzung. Mich beeindruckt noch immer die Wirtschaftskraft und Entwicklung, die China in kürzester Zeit zum größten Exporteur und zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt gemacht hat. Angesichts der rund 800 in China tätigen Unternehmen aus Baden-Württemberg, die es zusammen auf eine Exportsumme von 14 Mrd. Euro bringen, stellte ich klar, dass das Spannungsfeld von Absatzchancen versus Technologieabfluss durch gemeinsame Normen, Standards und transparente, offene Verfahren definiert werden muss, so dass die gebotenen Chancen für beide Seiten in einer Win-Win-Situation münden. Darüber hinaus thematisierte ich mögliche Auswirkungen des massenhaften Einsatzes von Robotern und der Perfektionierung der künstlichen Intelligenz auf den Faktor Mensch. Aus meiner Sicht sind besonders die vielen Hidden Champions in Baden-Württemberg mit hochspezialisierten Nischenprodukten, guter Work-Life-Balance und einer hervorragenden dualen Ausbildung für China in diesem Bereich beispielgebend.

## Lions-Club Donau-Neckar diskutiert die Krisen in der Welt



Der Lions-Club Donau-Neckar lud mich zu einem Clubabend ein, um mit mir über die Krisen in der Welt und ihre Auswirkungen unmittelbar vor Ort zu diskutieren. Zu Beginn skizzierte ich kurz, welches Interesse Deutschland an einem gesteigerten Engagement vor allem auf dem afrikanischen Kontinent zur Begrenzung von Flüchtlingsströmen, einer langfristigen Unterbindung des Drogen-, Waffen-, sowie Menschen schmuggels nach Europa und als Exportnation auch in der Verhinderung von Handelshemmnissen hat. Zur Bewältigung der Flüchtlingsströme braucht es aus meiner Sicht verschiedene Ebenen der Krisenbewältigung, die wir zusammen mit unseren europäischen und afrikanischen Partnern erarbeiten und implementieren müssen. Neben der konsequenten Umsetzung der drei Asylpakete der Bundesregierung als nationale Maßnahmen zeigt das Abkommen mit der Türkei zwar erste Erfolge, muss aber dringend von einer funktionierenden Fluchtursachenbekämpfung und einer mittelfristig intensivierte Entwicklungszusammenarbeit vor Ort in den Krisengebieten unterstützt werden. Den Menschen westliche Werte und Normen oder gar gesellschaftspolitische Vorgaben überzustülpen halte ich für den völlig falschen Weg. Wir müssen Fluchtursachen vor Ort bekämpfen, in dem wir den Menschen eine wirtschaftliche Lebensgrundlage bieten. Wer eine Familie gründen und ernähren kann und in Frieden lebt, will schließlich seine Heimat überhaupt nicht aufgeben.

## Ehrliche Analysen, offener Austausch und optimistischer Blick nach vorne – Mitglieder- und Hauptversammlungen der CDU im Wahlkreis

Auf den Mitglieder- und Hauptversammlungen der CDU Villingen-Schwenningen, der CDU Donaueschingen und der CDU Unterkirnach diskutierte ich mit zahlreichen Mitgliedern die klare Niederlage bei der Landtagswahl, mögliche Gründe für den enormen Verlust in der Wählergunst, die inhaltlichen Ergebnisse der intensiven Verhandlungen mit dem grünen Koalitionspartner und aktuelle Themen im Bund. Für mich haben die Umstände und Entwicklungen der letzten 12 bis 15 Monate vor der Wahl, die hervorragenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen in Bund, Ländern und den Kommunen, die ungebrochene Popularität des Ministerpräsidenten und die Auswirkungen der Flüchtlingsströme zu diesem für uns niederschmetternden Ergebnis und zu dieser krachenden Niederlage der CDU bei den Landtagswahlen im März geführt. Wir wollten auf zentrale, landespolitische Themen setzen, die Menschen mit Inhalten und unseren Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit überzeugen und so unsere eindeutigen Kompetenzzuweisungen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Infrastruktur und inneren Sicherheit weiter ausbauen. Durch die rasanten Entwicklungen in der Flüchtlingskrise und auch die fehlende Geschlossenheit in Flüchtlingsfragen vor allem auf Bundesebene wurde das Erreichen unseres Ziels aus meiner Sicht frühzeitig unmöglich.



Nach den intensiven Koalitionsverhandlungen können wir trotz einiger Kompromisse mit den Ergebnissen äußerst zufrieden sein. Besonders der Schwarzwald-Baar-Kreis war mit Dr. Andreas Schwab MdEP im Bereich Umwelt und Energie, Landrat Sven Hinterseh in der Arbeitsgruppe Verkehr und Infrastruktur, Karl Rombach



MdL für die Themen des ländlichen Raums und mir als Leiter der Arbeitsgruppe 1 „Innen und Justiz, Flüchtlinge und Kommunales“ sehr gut aufgestellt. Wir konnten in nahezu allen Bereichen unsere Kernanliegen aus dem Wahlprogramm umsetzen. 500 Mio. EUR für Infrastrukturmaßnahmen, 1.500 zusätzliche Polizistenstellen, keine Kennzeichnungspflicht und deutlich verbesserte Rahmenbedingungen der Ermittlungsbehörden und Einsatzbeamten, eine nachhaltige Stärkung der Position der Realschulen im Land, mehr Freiheit und mehr Subsidiarität für die Kommunen und die schrittweise Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung der Beamten sind nur einige Beispiele für aus CDU-Sicht erfolgreich geführte Koalitionsverhandlungen. Jetzt stehen wir in der Pflicht uns in den kommenden fünf Jahren thematisch zu profilieren, den CDU-Markenkern in der Regierungsarbeit zu schärfen, deutlich nach außen tragen und unsere Kernkompetenzen wieder einer breiten Wählerschaft anzubieten. Dann finden wir wieder zu alter Stärke zurück.

### Campus-Abend der Dualen Hochschule Villingen-Schwenningen



In meinem Impulsvortrag im Rahmen des Campus-Abends der Dualen Hochschule Villingen-Schwenningen erläuterte ich vor zahlreichen Professoren, Studenten und interessierten Bürgern ausführlich die Auswirkungen der Globalisierung, die man auf allen staatlichen Ebenen unmittelbar sehen kann, die Vielschichtigkeit und Komplexität der Krisen in der Welt und warum gerade Deutschland und Europa ein Interesse daran haben, dass die Welt wieder ins Lot kommt. Die zahlreichen Konflikte auf anderen Kontinenten haben konkrete Auswirkungen auf

das Leben in Europa und Deutschland und erfordern ein in sich schlüssiges und konsistentes Handeln aller Beteiligten. Ausführlich konkretisierte ich den Krisenbogen um Europa, sprach über die unmittelbaren Auswirkungen der Bürgerkriege in zerfallenden Staaten auf dem afrikanischen Kontinent, die Folgen der allgemeinen Klimaerwärmung mit Wasserengpässen in der Sahelzone bis zum Horn von Afrika, über politische Verfolgung in Eritrea, das Erstarken des Islamischen Staates in Syrien und dem Irak und warum den Ländern des westlichen Balkans auf ihrem Weg in die europäische Union eine Schlüsselrolle zukommt. Angesichts der weltweiten Flüchtlingsbewegungen von ca. 60 Mio. Menschen und der unmittelbaren Ankunft von 1,5 Mio. Menschen in Europa, davon rund 1,1 Mio. in Deutschland im vergangenen Jahr, brauchen wir eine Fokussierung aller Staaten auf die Bekämpfung der Fluchtursachen, eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit in den Krisenregionen und die konsequente Reduzierung der Fluchtanreize. Deutschland und Europa müssen den Zustrom besser steuern, effektiver ordnen und nachhaltig begrenzen, damit Parallelgesellschaften verhindert und Integration gelingen kann. Anhand einiger Beispiele unterstrich ich in der anschließenden Diskussion mögliche Auswirkungen des sog. Brexit, die Chancen des Freihandelsabkommens TTIP mit den USA und bezog Stellung zu den Inhalten des Koalitionsvertrags in Baden-Württemberg.

### **Pressefreiheit sichert politische und gesellschaftliche Hygiene**

In dieser Woche war der Internationale Tag der Pressefreiheit. Die Qualität von Journalismus und die Freiheit der Medien sind ein hervorragender Indikator für die Freiheit einer Gesellschaft insgesamt. Natürlich gibt es in jedem Land der Welt Meinungen, die dem einen oder anderen nicht gefallen oder sehr kritisch sind. Aber insgesamt hinterfragen Journalisten mit ihrer Arbeit gesellschaftliche Prozesse und Entwicklungen kritisch und fördern damit zugleich eine ausgewogene und für die Bevölkerung positive Entwicklung des eigenen Landes und der jeweiligen Heimatregion. Sie sorgen in gewisser Weise für politische und gesellschaftliche Hygiene und

ermöglichen den Menschen eine vielfältige Meinungsbildung, die unerlässlich für eine funktionierende demokratische Willensbildung ist. Dass es in der Welt vielfach anders läuft, Entwicklungen stocken und gute Lebensbedingungen fehlen, wenn die jeweilige Regierung die Meinungsbildung durch Druck auf eine begrenzte Anzahl staatlich gelenkter Medien kontrolliert oder gar ganz verbietet, zeigt sich mir bei meiner Arbeit im Bundestag und meinen vielfältigen Dienstreisen fast täglich. Zu einer effektiven Medienlandschaft gehören aber auch angemessene rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, da die individuellen geistigen Leistungen von Journalisten auch gutes Geld wert sein müssen. Dieses Problem spielt auch bei uns zunehmend eine Rolle.

### Gruppe aus Donaueschingen in Berlin

Eine Gruppe aus Donaueschingen war Mitte April in der Bundeshauptstadt, um Berlin politisch, historisch und kulturell zu erkunden. Die Gemeinderäte und einige Mitarbeiter der Stadtverwaltung, darunter etwa Oberbürgermeister Erik Pauly, waren auf meine Einladung hin vier Tage auf Reisen.



Den Reisebericht können Sie [hier](#) nachlesen.

### Die Möglichkeit, die Bundeswehr im Innern einzusetzen, ist zeitgemäß und notwendig

Anlässlich der Pläne aus dem Bundesverteidigungsministerium, mit dem neuen Weißbuch auch einen weiterführenden Einsatz der Bundeswehr im Innern zu ermöglichen, habe ich eine Pressemitteilung formuliert. Die beiden Vorstöße von Ursula von der Leyen, die Bundeswehr künftig nicht nur im Rahmen der Katastrophenhilfe im Sinne des Artikel 35 Grundgesetz einsetzen zu können und den Bundessicherheitsrat als strategisches Beratungsgremium aufzuwerten, sind richtig. Mit beiden Maßnahmen könnte sich Deutschland besser als bisher auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen und die damit verbundenen asymmetrischen Bedrohungen in unserer zunehmend globalisierten Welt einstellen. Die Pressemitteilung können Sie [hier](#) nachlesen.

## Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal

#### *Bundestagsbüro*

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73 972  
Fax: (030) 227 76 972

#### *Wahlkreisbüro*

Justinus-Kerner-Str. 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Tel.: (07721) 99 535 44  
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: [thorsten.frei@bundestag.de](mailto:thorsten.frei@bundestag.de)  
Internet: [www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)  
facebook: [www.facebook.de/ThorstenFreiCDU](https://www.facebook.de/ThorstenFreiCDU)